

2011/158
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	19.05.2011	
Rat der Stadt	14.07.2011	

Betreff

Antrag der UBP-Fraktion vom 06.05.2011;
Maßnahmen gegen eine Verlagerung des Dortmunder Straßenstrichs und der Begleit-
kriminalität ins Castrop-Rauxeler Stadtgebiet

Beschlussvorschlag

s. Antrag.

Thomas Schmidt
Fraktionsvorsitzender

Eingang
am 09. MAI 2011

UBP-Fraktion im Rat der Stadt Castrop-Rauxel

Roehl		
Bläser		
Delord		
de Finis		
Hillgeringmann		
Eingang Bereich 13 09. Mai 2011		
Günther		
Wegner		



An den
Rat der Stadt Castrop-Rauxel
z. Hd. Herrn Bürgermeister Beisenherz
Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel

UBP-Fraktionsbüro (Raum 302)
Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel, 06.05.2011

Dringlichkeitsantrag: Maßnahmen gegen eine Verlagerung des Dortmunder Straßenstrichs und der Begleitkriminalität ins Castrop-Rauxeler Stadtgebiet

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

aus gegebenem Anlass und der damit verbundenen Dringlichkeit beantragt die UB-P-Fraktion die Verwaltung zu beauftragen:

1. zu prüfen inwiefern die Stadt Castrop-Rauxel Möglichkeiten hat, ebenfalls Sperrbezirke einzurichten
2. zu prüfen welche weiteren Maßnahmen die Stadt ergreifen kann, um eine Verlagerung des Straßenstrichs sowie die Begleitkriminalität auf das Castrop-Rauxeler Stadtgebiet zu verhindern
3. eine Einsatzgruppe nach Dortmunder Vorbild vorzubereiten, so dass diese bei Bedarf unverzüglich mit der Arbeit beginnen kann. Diese soll bestehen aus Mitarbeitern des Ordnungsamtes, der Polizei, Feuerwehr, des Jugendamtes, Gesundheitsamtes und Bauordnungsamtes. Diese soll u.a die Auflage haben neben dem öffentlichen Raum auch intensiv Gaststätten, Teestuben, Spielhallen, Wettbüros und "verwahrloste" Häuser zu überprüfen.
4. eine Hotline vorzubereiten, damit Bürger der Einsatzgruppe im Falle des Falles direkt Hinweise geben können.
5. bereits jetzt die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass im Falle der Konkretisierung der hier erwähnten Maßnahmen auch die Schritte veranlasst werden können, die die Bezirksregierung Arnsberg der Stadt Dortmund in einem Forderungskatalog vorgelegt hat, als da wären:

- a) Umsetzung baurechtlicher Maßnahmen und gegebenenfalls ordnungsbehördliche Schließung sogenannter Problemhäuser
- b) Wahrnehmung des Wohnungsaufsichtsrechts (Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land NRW), wonach es unter anderem möglich ist, Hauseigentümern bestimmte Instandhaltungsmaßnahmen aufzuerlegen
- c) Umsetzung abfallrechtlicher Maßnahmen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz) und Durchsetzung der Pflichten von Abfallverursachern
- d) Umsetzung gesundheitlicher Maßnahmen durch das Gesundheitsamt (Hygienerecht)
- e) Jugendschutzkontrollen durch Jugend- und Ordnungsamt
- f) Durchsetzung der Schulpflicht von Kindern
- g) Umsetzung gewerberechtlicher Maßnahmen zu Gewerbebeanmeldungen
- h) stringente Bekämpfung der Schwarzarbeit
- i) konsequentes Vorgehen gegen illegales Glücksspiel
- j) verstärkte Verkehrskontrollen durch Polizei und Ordnungsamt

Begründung:

Bereits in der letzten Ratssitzung hat die UBP-Fraktion einen Antrag zu dieser Thematik gestellt, da sie schon damals die sich nun noch konkreter abzeichnende Problematik erkannt hat.

Leider haben die anderen Fraktionen mal wieder sehr wenig Weitsicht- und Verantwortlichkeit bewiesen und diesen Antrag ohne Debatte in Gänze abgelehnt.

Dass die UBP-Fraktion offensichtlich (leider!) mal wieder (!) die einzige politische Partei in Castrop-Rauxel gewesen zu sein scheint, die das Ausmaß der Probleme erkannt und politischen Weitblick bewiesen hat, zeigt sich in den Ereignissen der letzten Stunden.

Am Donnerstag genehmigte der Arnberger Regierungspräsident Gerd Bollermann die Pläne der Stadt Dortmund, den Sperrbezirk für Prostituierte auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten und so den Straßenstrich zu schließen.

Regierungspräsident Dr. Gerd Bollermann begründete die radikale Ausweitung des Sperrbezirks mit den nicht mehr hinzunehmenden Zuständen in Dortmund: „Die landesweit einzigartige Maßnahme wird bedingt durch die landesweit einzigartige Situation. Nirgendwo sonst finden sich auf wenigen Quadratkilometern solche Auswüchse der Straßenprostitution, gibt es einen solch massiven Zuzug von Prostituierten. Nirgendwo sonst finden diese Frauen in unmittelbarer Nachbarschaft Arbeitsplatz und Wohnraum.“

Dazu äußerte sich der Dortmunder OB Sierau: "Wir wollen in der Nordstadt Lebensbedingungen herstellen, die sich die Leute wünschen." Dazu gehöre auch, Problemhäuser besser zu kontrollieren und bei Bedarf durchzugreifen. Zudem wolle man das Übernachten in Fahrzeugen und das Campieren eindämmen, gegen die Vermüllung des Viertels vorgehen und das Ausländerrecht radikal durchsetzen.

Zudem kündigte er an, enger mit Bulgarien und der Stadt Plowdiw zusammenzuarbeiten — sagte aber auch: "Was wir hier machen, ist ein Akt der Notwehr. Wir haben es nicht verbockt, müssen es aber ausbaden."

Die Dortmunder Lösung bezeichnete er als "restriktivste Sperrbezirksverordnung in NRW" — und kritisierte die Stadt zugleich für ihr Zögern: "Das Thema ist nicht über Nacht auf Dortmund zugekommen." Das Problem hätte schon viel früher angegangen werden müssen.

Die explosionsartige Zunahme der Straßenprostituierten von 60 auf über 700 Frauen habe dazu geführt, dass Jugendschutz und öffentlicher Anstand nicht mehr gewährleistet werden können — insbesondere in der Nordstadt, dem Dortmunder Stadtteil mit den meisten Minderjährigen.

Kinder würden direkt mit anstößigem sexuellem Verhalten konfrontiert, ohne dass die Eltern etwas dagegen tun könnten. Weil der Straßenstrich auf die Wohngebiete ausgefranst sei, beobachten die Kinder die Verhandlungen zwischen Freiern und Prostituierten — zudem legen die Frauen den Weg zum Straßenstrich bereits in leichter „Arbeitskleidung“ zurück.

Polizeipräsident Hans Schulze stellte klar, dass nun eine „gerichts feste“ Sperrbezirksverordnung vorliege. „Wir haben im Sperrbezirk eine dramatische Entwicklung eine beängstigende Kriminalitätsentwicklung festgestellt. Jetzt liegen die Voraussetzungen vor, dass wir aktiv abgestimmt vorgehen können. Viel mehr ist aus Sicht der Polizei dazu nicht zu sagen.“

Diese Entscheidung Dortmunds wird Konsequenzen für die Nachbarstädte haben, diese müssen nun befürchten, dass die Prostituierten in ihre Stadtgebiete abwandern und nicht nur die Prostitution an sich sondern auch die gesamte Folgeproblematiken mit sich bringen werden.

So äußerte z.B. der Essener OB Reinhard Paß: „Dortmund wälzt das Problem einfach ab“, zudem zeigte sich von der Entscheidung überrascht und hält sie für „falsch“, es gebe „rechtliche und inhaltliche Argumente dagegen“. Die Auswirkungen der Entscheidung will Paß „sehr genau beobachten“.

Auch die Stadt Witten teilt diese Bedenken. Wittens Ordnungsdezernent Frank Schweppe will nun zusammen mit der Polizei „alle rechtlichen Mittel prüfen. Wir wollen es Prostituierten, die von Dortmund nach Witten kommen wollen, mit den uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln so unbequem wie möglich machen.“ Die Stadt sei nun „hochwachsam, um zu verhindern, dass sich die Szene jetzt in Witten etabliert“. Dafür schließt Schweppe auch einen Antrag, Witten ebenfalls in Gänze zum Sperrbezirk zu erklären, nicht aus.

Gleichlautende Reaktionen habe kamen auch aus Lünen. Der SPD-Ortsverein Brambauer von einer „Katastrophe für Brambauer“.

Der dortige OV-Vorsitzender Klaus Lamczik sagte gegenüber der Lokalpresse, Dortmund wolle den Straßenstrich schließen, weil er von Drogen- und Waffenhandel, Raub, Einbrüche und anderen Verbrechen begleitet würden. Das drohe nun Brambauer. Mehrfach sei über die Zustände in der Dortmunder Nordstadt und die Prostituierten aus Bulgarien und Rumänien berichtet worden. „Werden wir demnächst auch in Brambauer verdreckte Häuser haben, aus denen der Dreck auf die Straße geworfen wird?“, fragt er. Die Pläne seien "ein Verbrechen gegen den Ortsteil und der schlimmste Schlag ins Gesicht aller, die sich für ihren Ort seit Jahren engagieren."

Zwar verwehrt sich der Dortmunder Polizeipräsident Hans Schulze gegen Vorwürfe, man habe zu spät reagiert und es habe keine langfristige Entwicklung in Sachen Kriminalität gegeben — vielmehr eine Verdoppelung der Straftaten binnen eines Jahres. "Der Anstieg der Straßenprostitution verläuft parallel zum Anstieg der Kriminalität", so Schulze. Zudem gebe es einen klaren Zusammenhang zwischen Dortmund und Plowdiw in Bulgarien.

Dieses war aber nur möglich, da die Stadt Dortmund dem Treiben lange Zeit nur hilflos zusehen konnte, da sie auf diese dramatische Situation nicht vorbereitet war und somit die Eskalation nicht verhindern oder zumindest eindämmen konnte. Wir als Stadt Castrop-Rauxel haben nun die Möglichkeit aus den Erfahrungen der Nachbarstadt zu lernen und dürfen nicht den Fehler machen und sehenden Auges wider besseren Wissens in eine Situation zu begeben, in der wir ähnliche Zustände bekommen wie die Stadt Dortmund und völlig unvorbereitet und hilflos dastehen.

Denn auch Schulze hofft: Ohne Straßenstrich und mit weniger "attraktiven" Verhältnissen in Dortmund kommen weniger bulgarische Prostituierte und weniger kriminelle Begleitpersonen und die Kriminalität würde sinken.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Schmidt
(Fraktionsvorsitzender)

